

Haußmann: Brauchen handlungsfähigen Landtag gerade heute

Amt des Bürgerbeauftragten aus Sicht der FDP überflüssig.

In der Beratung des Haushalts des Landes Baden-Württemberg wird auch der Etat des Landtags selbst beraten. Darin enthalten auch die Mittel für die Stiftungen zur politischen Bildung und die Stelle der Bürgerbeauftragten.

Dazu spricht von der FDP/DVP-Fraktion der Parlamentarische Geschäftsführer und stv. Fraktionsvorsitzende **Jochen Haußmann**.

Er stellt fest, dass sich der Fleiß der Abgeordneten in Zahlen ausdrücken lässt. So sei Ende November die Zahl der Anträge um 22 Prozent angestiegen im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode.

Die Landeszentrale für politische Bildung und die politischen Stiftungen bezeichnet Haußmann angesichts der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um politische Themen als „nie so wichtig wie heute“. Es sei von zentraler Bedeutung für das friedliche demokratische Gemeinwesen, „Gedankengut der freiheitlichen demokratischen Staatsordnung im Bewusstsein der Bevölkerung zu fördern und zu festigen“, wie Haußmann ausführt, „dabei in der heutigen Zeit natürlich auch auf technisch neuen Wegen, also mit digitalen Formaten“.

Trotz der weitgehenden Einigkeit im Hohen Hause benennt Haußmann allerdings auch einen Dissens mit den Regierungsfractionen: „Wir sind nicht einig mit einem eigenen Amt des Bürgerbeauftragten“, so Haußmann, „als Fraktion der Freien Demokraten sind wir der Meinung, dass wir bereits 154 Bürgerbeauftragte haben, nämlich die Abgeordneten selbst. Im Sinne eines sorgsamsten Umgangs mit Haushaltsmitteln sind diese Stellenerhöhungen nicht zu rechtfertigen“.

Abschließend erinnert Haußmann daran, dass Baden-Württemberg im kommenden Jahr das 70-jährige Gründungsjubiläum feiern wird. „Das ist ein Jahr der Erinnerung an Persönlichkeiten der ersten Stunde wie Reinhold Maier und Elly Heuss-Knapp, aber auch an frühere Kolleginnen und Kollegen, die ihren Einsatz für Demokratie verfolgt oder umgebracht wurden, wie der von den Nazis ermordete württembergische Staatspräsident Eugen Bolz oder die badische Abgeordnete und Frauenrechtlerin Marie Bernays, die unter dem Hitlerregime entrechtet und entwürdigt wurde.“

„Auch aus diesem Grund brauchen wir stets einen handlungsfähigen und demokratiefesten Landtag. Wer

jetzt anlässlich der Corona-Politik von Diktatur spricht, der weiß nicht, wovon er spricht und hat nichts aus unserer Geschichte gelernt. Wir hatten in diesem Jahr zwei wichtige demokratische Wahlen in Land und im Bund. Gewählte Parlamente entscheiden letztendlich über Politik. Das mag einem gefallen oder man mag mit den Verordnungen hadern, aber mit einer Diktatur hat das nichts zu tun. Dass dies so bleibt, dafür setzen wir uns an sieben Tagen in der Woche ein“, so Haußmann abschließend.